2026/40 Thema

https://jungle.world/artikel/2026/40/verhandeln-mit-der-eisernen-faust

Friedensverhandlungen zwischen Aserbaidschan und Armenien

Verhandeln mit der »eisernen Faust«

von **Paul Simon**

Seit der Vertreibung der armenischen Bewohner Bergkarabachs im Jahr 2023 verhandeln Armenien und Aserbaidschan über einen Friedensvertrag. Doch das aggressive Gebaren des aserbaidschanischen Diktators Ilham Alijew lässt viele Armenier an der Möglichkeit eines dauerhaften Friedens zweifeln.

Die Straße ab dem Dorf Schurnuch in Richtung Süden zu benutzen, ist Ausländern verboten. Sie schlängelt sich durch das Grenzgebiet im Südosten Armeniens, in regelmäßigen Abständen stehen am Straßenrand junge Wehrdienstleistende in armenischer Uniform mit Maschinengewehr. Auf den Hügeln sind aserbaidschanische Stellungen zu sehen. Erst am letzten Checkpoint verstellt ein Schlagbaum die Straße, und zwei Soldaten fragen nach den Pässen. Freundlich bitten sie umzukehren.
Zurück in Schurnuch wollen dann einige Bewohner zeigen, wo die Grenze ihr Dorf zerteilt: »Gleich hinter dem Apfelbaum fängt Aserbaidschan an, genau hier.« Einer der Dorfbewohner zeigt die Stelle, während seine Freunde die skeptisch von einem Checkpoint im Dorf herüberblickenden jungen armenischen Soldaten in ein Gespräch verwickeln, um sie abzulenken. Seit dem Krieg von 2020 verläuft die Grenze direkt durch das Dorf, an diesem Haus sogar durch die Wiese und den Verschlag für die Kühe hindurch.

Die mittelalten Männer tragen Goldketten mit Kreuz auf der haarigen Brust und sind in Hochstimmung. Sie kommen gerade von einer Feier, in ihrem Jeraz-Minivan rollt noch eine halbleere Plastikflasche mit Selbstgebranntem herum. Wenn man sich auf die Straße stelle und Beleidigungen rufe, würden die aserbaidschanischen Soldaten rüberkommen, sagen sie lachend.

> »Alijew redet zwar von der ›großen Rückkehr‹ der Aserbaidschaner nach Bergkarabach, aber das ist Quatsch. Es ist schwer, Leute zum Umsiedeln zu bewegen.« Marut Wanjan, Journalist

Es wird darauf bestanden, die Gäste nach Hause einzuladen, wo die Frau des Gastgebers Kaffee, Schokolade und frische Feigen serviert. Da wird das Gespräch ernster. Schurnuch sei durch den Krieg isolierter und ärmer geworden. Einige Familien sind weggegangen, Häuser stehen leer.

Bis 2020 existierte die Grenze nur auf dem Papier. Hinter dem Dorf begann das Gebiet der international nicht anerkannten Republik Bergkarabach, in Armenien Arzach genannt – aus

aserbaidschanischer Sicht ein illegales separatistisches Konstrukt. Der erste Bergkarabach-Krieg endete 1995 mit der faktischen Unabhängigkeit der Region. Armenische Truppen und Milizen kontrollierten nicht nur das Territorium der bis 1991 zur Aserbaidschanischen Sowjetrepublik zählenden autonomen Oblast Bergkarabach, in der historisch eine armenische Bevölkerungsmehrheit vorherrschte, sondern eroberten auch darüber hinausgehende Teile aserbaidschanischen Staatsgebiets. Hunderttausende Aserbaidschaner flohen, ebenso Hunderttausende Armenier aus Aserbaidschan und dem Kriegsgebiet.

Jahrelang hielt die armenische Seite am Status quo fest. Der aserbaidschanische Diktator Ilham Alijew, der 2003 nach dem Tod seines Vaters Heidar die Macht übernahm, nutzte den Rohstoffreichtum seines Landes, um aufzurüsten, und drohte, das Gebiet zu erobern. 2020 griff die aserbaidschanische Armee an, unterstützt von Tausenden in türkischen Militärmaschinen aus Syrien eingeflogenen islamistischen Söldnern.

Nach 44 Tagen waren über 4.000 armenische Soldaten tot, die meisten von ihnen junge Wehrdienstleistende oder Freiwillige. Auf der aserbaidschanischen Seite starben circa 3.000 Soldaten. Aserbaidschan hatte seine militärische Überlegenheit brutal unter Beweis gestellt und große Teile Bergkarabachs besetzt. **Russische Friedenstruppen sollten von nun an den einzigen verbliebenen Zugang von Armenien nach Bergkarabach über den sogenannten Latschin-Korridor überwachen**.

Drei Jahre später setzte Aserbaidschan zum letzten Schlag an: Am 19. September begann die Offensive auf das Kerngebiet Bergkarabachs. **Die Kämpfe mit Hunderten Toten dauerten nur zwei Tage**. Seine »eiserne Faust« habe das separatistische armenische Bergkarabach besiegt, sagte Alijew in einer Fernsehansprache. Die gesamte noch verbliebene armenische Bevölkerung – es waren noch gut 100.000 Personen – floh in Richtung Westen. Sie hielten Alijews Beteuerungen, man werde ihre Rechte achten, für bloße Lippenbekenntnisse. Das von der kleptokratischen Familie Alijew in zweiter Generation beherrschte Aserbaidschan ist eine Diktatur; im Demokratieindex des Economist von 2019 liegt es auf Platz 146 von 167 Ländern. Videos tauchten auf, in denen aserbaidschanische Soldaten gefangene Soldaten und Zivilisten erschossen oder köpften.

Die Hölle von Stepanakert

»Niemand stellte sich damals hin und sagte: Das ist jetzt unser letzter Tag. Aber alle waren am Packen«, beschreibt der Journalist Marut Wanjan (in englischer Transkription: Vanyan) die angsterfüllte Atmosphäre in jenen Tagen. »Ich selbst postete auf Facebook, dass ich diese Hölle nicht länger ertrage. Ich war auf dem Militärfriedhof gewesen. Es war grauenhaft. Bagger hoben Gruben aus, und Frauen weinten. Sie hatten keine Tränen mehr, sie klangen wie Tiere.«

Wanjan hat fast sein gesamtes Leben in Stepanakert gelebt, der Hauptstadt Bergkarabachs. Auch wenn die Region »einer großen Militärbasis glich«, und trotz der Korruption der Machthaber habe man dort gut leben können, sagt er.

2023 ging dem Angriff **eine neunmonatige Hungerblockade voraus, Nahrung und Medizin wurden knapp, Strom gab es nicht mehr**. Wanjan saß im Keller, während die Artilleriegeschosse rundherum einschlugen. »Man ist wie ein Tier, man hält sich an den Wänden fest und weiß nicht, was tun.« In den Tagen danach blockierten Tausende Autos in

kilometerlangen Staus den Weg durch den Latschin-Korridor in die Stadt Goris. Dort lebt Wanjan mittlerweile, während **die meisten Bergkarabach-Armenier weiter ins Landesinnere oder außer Landes flohen.**

In den Monaten nach der Flucht habe er oft nachts wachgelegen und sei in Gedanken die Straßen seiner Heimatstadt abgelaufen, sagt Wanjan. Heutzutage kann er diese nur noch in aserbaidschanischen Medienberichten oder Propagandavideos sehen. Stepanakert sei heute zum Großteil eine Geisterstadt. »Alijew redet zwar von der ›großen Rückkehr‹ der Aserbaidschaner nach Bergkarabach, aber das ist Quatsch. Es ist schwer, Leute zum Umsiedeln zu bewegen, wenn sie sich erst mal irgendwo niedergelassen haben«, so Wanjan. Auch die Armenier, die Anfang der Neunziger vor dem ersten Karabach-Krieg geflohen waren, seien selten zurückgekehrt.

Neue Drohungen

Seit der Eroberung Bergkarabachs ist die armenisch-aserbaidschanische Grenze über 900 Kilometer lang. Über 200 Quadratkilometer armenischen Territoriums hält die aserbaidschanische Armee nach wie vor besetzt, vor allem in der Region Dschermuk.

Nach der Vertreibung der Armenier aus Bergkarabach kam es zu weiteren aserbaidschanischen Attacken auf Armenien. Nach 2023 bedrohte Aserbaidschan vor allem den bergigen Süden Armeniens, in der Region Sjunik. Armenien ist hier auf zwei Seiten von aserbaidschanischem Territorium umgeben: Im Westen liegt die Exklave Nachitschewan, im Osten, stellenweise kaum mehr als 40 Kilometer entfernt, das aserbaidschanische Kerngebiet. Die Grenzen auf beiden Seiten sind so nah, dass man im Autoradio aserbaidschanische Sender empfängt. Alijew forderte **die Errichtung eines »Sangesur-Korridors« durch Südarmenien, um die beiden Gebiete zu verbinden**.

Schon 2021 hatte er die Grenzregionen Aserbaidschans »Ostsangesur« genannt und davon gesprochen, dass Aserbaidschaner nach »Westsangesur« »zurückkehren« würden – also nach Südarmenien; Alijew zufolge sei das »angestammtes Land« Aserbaidschans. Hatte die Alijew-Diktatur bis 2020 stets das völkerrechtliche Prinzip der territorialen Integrität hochgehalten, das von dem armenischen Bergkarabach verletzt worden war, pflegte es nun eine aggressive irredentistische Rhetorik. Viele fürchteten, dass auf die Eroberung Bergkarabachs ein Angriff auf Südarmenien folgen werde. Zwar führen die beiden Länder Friedensverhandlungen, **doch immer wieder wurde auf armenische Dörfer in Grenznähe geschossen.**

> Unter dem stolzen Blick von US-Präsident Donald Trump schüttelten sich Paschinjan und Alijew die Hand und erklärten ihre Absicht, weiter über Frieden zu verhandeln.

Das änderte sich erst mit dem Treffen zwischen dem armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan und dem aserbaidschanischen Präsidenten Alijew in Washington, D.C., im August 2025. Unter dem stolzen Blick von US-Präsident Donald Trump schüttelten sich die beiden die Hand und erklärten ihre Absicht, weiter über Frieden zu verhandeln. Die »Trump-Route für internationalen Frieden und Prosperität« soll in Zukunft Aserbaidschan und seine Exklave verbinden, eine Art Logistikkorridor, der von US-Firmen betrieben werden soll.

Seitdem zählt Trump den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan als einen der Kriege auf der Welt auf, die er erfolgreich beendet habe. Viele in Armenien haben jedoch ihre Zweifel. Auch Wanjan ist skeptisch. »Aber seit dem Treffen in Washington ist es an der Grenze ruhiger. Es wird nicht mehr geschossen, es gibt weniger militärische Drohungen«, sagt er. »Dafür werden überall Bunker gebaut. Wofür sollen die sein, wenn es Frieden geben soll?«

Das Trauma des Kriegs

Eines der Dörfer, auf die noch vergangenes Jahr geschossen wurde, ist Chnazach. Der Weg dorthin führt an Goris vorbei in Richtung Grenze. Straßenschilder zeigen noch den Weg nach Stepanakert. Die Straße war einst die wichtigste Route nach Bergkarabach, heutzutage ist sie bis auf einzelne Traktoren und vorbeidonnernde armenische Militärlaster fast ausgestorben. Auf Gipfeln befinden sich Militärstellungen, junge Wehrdienstleistende mit Maschinengewehren halten neben Betonbunkern Wache.

David Babajan erinnert sich noch genau an jene Nächte im Frühling 2025: Leuchtspurmunition pfiff nachts über die Häuser, einige wurden getroffen. Am schlimmsten hätten die Kalaschnikows geklungen. »Ich selbst hatte keine Angst, aber was ist mit den Kindern?« Der über 50jährige sitzt müde in seiner Küche und raucht dünne Zigaretten. Er hat den ganzen Tag im Forstbau gearbeitet. Seine kleine Tochter lehnt sich an seinen Stuhl und spielt auf seinem Handy. Einige Hundert Meter entfernt, gleich am Ende des Dorfs, liegen schon die ersten Stellungen der Aserbaidschaner. Sie hätten damals die Dorfbewohner einschüchtern und Druck auf die armenische Seite ausüben wollen, meint er. Einige Familien seien dann auch weggezogen.

> Er wolle nicht weg, sagt Babajan. Vor 2023 habe er im Süden von Bergkarabach gelebt und hier in Chnazach zum dritten Mal in seinem Leben ein Haus gebaut.

In Chnazach ist es an diesem Abend ruhig. Zwischen den Häusern auf dem Berghang liegen Felsenhöhlen, die während des Kriegs als Schutzräume dienten. Ein Mann treibt Kühe durch die ungepflasterten Straßen. Vor dem einzigen Laden lungern Jugendliche herum.

Er wolle nicht weg, sagt Babajan. Vor 2023 habe er im Süden von Bergkarabach gelebt und hier in Chnazach zum dritten Mal in seinem Leben ein Haus gebaut. Seine Tochter sei hier aufgewachsen, also bleiben sie hier. Auch wenn er glaube, dass der Krieg irgendwann zurückkomme. Dann werde er aber sowieso das ganze Land betreffen.

Im Krieg von 2020 habe Babajan nicht kämpfen müssen, denn er hat sechs Kinder. »Aber ich habe mit dem eigenen Auto Freiwillige an die Front gebracht. Und Leichen zurück. Ich habe die Toten wie Bananen im Kofferraum gestapelt«, erinnert er sich. Sein schlaksiger Sohn steht daneben und hört aufmerksam zu. Bald wird er, wie vor ihm sein älterer Bruder, zum Wehrdienst eingezogen werden.

Auch Nahrung habe er zu Soldaten gebracht, die vorne in den Stellungen saßen, erzählt Babajan weiter. Der Krieg sei chaotisch gewesen, die Soldaten oft schlecht ausgerüstet und kaum vorbereitet. Oft seien Freiwillige in sauberen Uniformen ins Kriegsgebiet gereist und wollten schon am nächsten Morgen nur noch weg. Andere seien nur gekommen, um sich mit glänzender Kalaschnikow fotografieren zu lassen. In der armenischen Armee kämpften vor allem junge Wehrdienstleistende – ein Grund dafür, dass der sogenannte 44-Tage-Krieg für die armenische

Gesellschaft so traumatisch war.

Diktierter Frieden

Am 21. September feiert Armenien seinen Unabhängigkeitstag. Auf dem Platz der Republik in der Hauptstadt Eriwan singen Popstars, Flaggen sind überall. Den dritten Jahrestag der »ethnischen Säuberung von Arzach«, wie es hier oft heißt, in dieser Woche beging die Regierung nicht. Ministerpräsident Paschinjan beschwört die Aussicht auf ein »neues Armenien« ohne die Last des Bergkarabach-Konflikts. In Kontrast zu dieser optimistischen Sicht stehen seine Warnungen vor einem neuen Krieg, sollte seine Verhandlungspolitik mit Aserbaidschan nicht fortgesetzt werden. Vor der Parlamentswahl im Juni sagte er, der Krieg könne schon im September kommen, sollte Zivilvertrag, seine Partei, keine Mehrheit erhalten.

Eine der Bedingungen Aserbaidschans für einen Friedensvertrag ist eine Änderung der armenischen Verfassung. Diese enthält nämlich einen Verweis auf die Unabhängigkeitserklärung von 1990, in der Bergkarabach erwähnt wird – Aserbaidschan zufolge erhebt Armenien damit Anspruch auf sein Territorium. Paschinjans Partei hat zwar bei der Wahl eine absolute Mehrheit der Sitze erhalten, nicht aber die für eine Verfassungsänderung nötige Zweidrittelmehrheit. Aber nicht nur deshalb liegt die Unterzeichnung eines Friedensvertrags in weiter Ferne.

> Eine der Bedingungen Aserbaidschans für einen Friedensvertrag ist eine Änderung der armenischen Verfassung. Diese enthält einen Verweis auf die Unabhängigkeitserklärung von 1990, in der Bergkarabach erwähnt wird – Aserbaidschan zufolge erhebt Armenien damit Anspruch auf sein Territorium.

Die nationalistische Rhetorik Aserbaidschans, die manchmal wie eine offene Kriegsdrohung wirkt, ist eines der größten Hindernisse im Friedensprozess. In dessen Rahmen finden staatlich finanzierte Kontakte auf »zivilgesellschaftlicher Ebene« statt, auf der armenischen Seite organisiert von der Initiative Friedensbrücke. Kritiker empfinden das schon deshalb als Hohn, weil es in der aserbaidschanischen Diktatur keine unabhängige Zivilgesellschaft gibt und Gegner des Kriegskurses verfolgt und inhaftiert werden.

Ende September wurde bekannt, dass die aserbaidschanische Seite die Treffen vorerst aussetzt. Der Grund ist ein Eklat um eine offizielle Tour durch das eroberte Bergkarabach mit 150 ausländischen Diplomaten und Vertretern internationaler Organisationen. Hochrangige aserbaidschanische Regierungsvertreter bezeichneten dort vor laufenden Kameras armenische Kirchen und Klöster als »kaukasus-albanisch«, womit sie sich auf ein Königreich bezogen, das bis zum achten Jahrhundert existierte. Mit solchen Geschichtsfälschungen verleugnet die aserbaidschanische Regierung seit Jahrzehnten die armenische Geschichte in der Region. Oft geht das mit der Zerstörung jahrhundertealter armenischer Kirchen und anderer historischer Stätten einher, so etwa systematisch ab Ende der Neunziger in der aserbaidschanischen Exklave Nachitschewan und in einigen Fällen auch im eroberten Bergkarabach.

Die Friedensbrücke merkte daraufhin in einer Presseerklärung an, solche Äußerungen seien den Bemühungen um »neue Beziehungen« abträglich. Das war Grund genug für die aserbaidschanische Seite, den Kontakt zunächst abzubrechen.

Angriffskrieg bleibt Angriffskrieg

»Die wissen genau, was für eine Reaktion so etwas in Armenien hervorruft. Und dann können sie darauf zeigen und sagen: Seht ihr, die wollen keinen Frieden«, sagt die Historikerin und ehemalige Parlamentsabgeordnete Tatevik Hayrapetyan. »Dabei gibt Paschinjan ihnen doch schon alles, was sie haben wollen. Er spricht nicht über eine ethnische Säuberung oder das Recht Vertriebener auf Rückkehr. Er ist bereit, die Verfassung zu ändern.«

Die Aserbaidschan-Expertin wurde nach der sogenannten samtenen Revolution 2018 mit Ende zwanzig in das Parlament gewählt und gehörte zu Paschinjans Partei Zivilvertrag. Doch mittlerweile ist sie eine scharfe Kritikerin seiner Regierung. »Er hätte nach dem verlorenen Krieg zurücktreten und eine neue Regierung die Verhandlungen führen lassen sollen. Stattdessen klammert er sich an die Macht«, wirft sie ihm vor. Durch die Art seiner Verhandlungen helfe er, die verbrecherische Art und Weise, auf die Aserbaidschan die Kontrolle über Bergkarabach erlangt hat, international zu legitimieren. »Was für eine Botschaft senden auch diese Diplomaten an die Welt, darunter die EU-Gesandte für den Kaukasus, wenn sie auf diese Tour gehen und sich lachend im eroberten Bergkarabach ablichten lassen?« kritisiert sie. »Territoriale Integrität ist das eine, aber ein Angriffskrieg bleibt ein Angriffskrieg und ethnische Säuberung bleibt ethnische Säuberung.«

Aserbaidschan fordert, dass Armenien vor Unterzeichnung eines Friedensvertrags alle Klagen in Bezug auf aserbaidschanische Verbrechen der vergangenen Jahre vor dem Internationalen Gerichtshof und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zurückzieht. Außerdem soll die EU-Beobachtermission an der Grenze, die dort seit 2023 die Sicherheitslage überwacht, ihre Arbeit anstellen. Nach Hayrapetyans Ansicht zeigt das, wie sehr sich das Alijew-Regime um seine internationale Stellung sorge.

Die EU unterstützt **Paschinjan, der Armenien als zukünftigen EU-Beitrittskandidaten sieht, im Wirtschaftskrieg, den Russland führ**t (siehe Seite 6), ist aber auch an guten Verhältnissen zu Aserbaidschan interessiert. Seit 2022 importiert die EU deutlich mehr Erdgas aus Aserbaidschan als zuvor. Im Juli empfing Bundeskanzler Friedrich Merz Präsident Alijew in Berlin und kündigte an, Deutschland werde noch mehr Erdöl und Erdgas kaufen. Dementsprechend gering ist in europäischen Hauptstädten das Interesse an Konflikten mit dem Wirtschaftspartner in Baku, oder an der Skandalisierung **der dortigen Unterdrückung jeglicher Opposition und freier Presse**. Auch von der aggressiven antiarmenischen Rhetorik des Regimes spricht man, wenn überhaupt, eher verhalten.

»Westaserbaidschan« statt Armenien

»Das aserbaidschanische Regime kommuniziert nach außen und nach innen sehr bewusst sehr unterschiedlich«, sagt Hayrapetyan. Sie untersucht die öffentlichen Debatten in dem autoritären Land seit Jahren. Nach außen spreche das Regime von Frieden, doch gleichzeitig habe es eine irredentistische Ideologie entwickelt, nach der Armenien das historische »Westaserbaidschan« sei. Insbesondere seit dem siegreichen Krieg von 2020 sei diese Rhetorik erstarkt. 2022 sagte Alijew in einer Rede: »Armenien war in dieser Region nie präsent. Das heutige Armenien ist unser Land.«

»Diese bedrohliche Rhetorik kam, zwei Monate nachdem Paschinjan im Oktober 2022 klar die territoriale Integrität Aserbaidschans inklusive Bergkarabachs anerkannt hatte. Und es sind nicht nur einzelne Äußerungen von Alijew. Der Staat investiert sehr viele Ressourcen, um diese

›Westaserbaidschan‹-Ideologie zu entwickeln und zu propagieren. Sie halten Konferenzen dazu ab, organisieren Forschungsprojekte, es ist Teil der Lehrpläne in Universitäten und Schulen.« Es gehe also nicht darum, nur kurzfristig Druck auf Armenien auszuüben, warnt Hayrapetyan. »Diese Rhetorik richtet sich gegen den armenischen Staat in seinen heutigen Grenzen. Wenn sie wirklich an einem dauerhaften Frieden interessiert wären, dann würden sie nicht der nächsten Generation beibringen, dass Armenien auf historisch aserbaidschanischem Land existiert. Dieses autoritäre Regime braucht antiarmenische Propaganda.«

> »Wenn sie wirklich an einem dauerhaften Frieden interessiert wären, dann würden sie nicht der nächsten Generation beibringen, dass Armenien auf historisch aserbaidschanischem Land existiert.« Tatevik Hayrapetyan, Aserbaidschan-Expertin

Hayrapetyan zieht eine Parallele dazu, wie der russische Präsident Wladimir Putin der ukrainischen Unabhängigkeit ihre historische Legitimität absprach, um seine Invasion von 2022 vorzubereiten. Vor zwei Jahren veröffentlichte sie mit Eduard Abrahamyan eine Studie, in der die beiden vergleichen, wie Russland und Aserbaidschan irredentistische Ideologie nutzen, um ihren Militarismus zu legitimieren und die Nation im Zeichen der Korrektur »historisch-territorialer« Benachteiligungen und »historischen Unrechts« gegen den jeweiligen Feind und hinter ihrem Regime zu vereinen.

Selbst Ministerpräsident Paschinjan, der sich sonst mit Kritik an der aggressiven aserbaidschanischen Rhetorik stark zurückhält, bezeichnete Mitte September das von Aserbaidschan propagierte »Westaserbaidschan-Narrativ« als eine »Sicherheitsbedrohung für die armenische Republik« und eine Gefahr für den Frieden. Im jüngsten Bericht des armenischen Auslandsgeheimdiensts über Sicherheitsbedrohungen für das Land sind die Propagierung des »Westaserbaidschan-Narrativs« und die Rede von einer »Rückkehr nach Westaserbaidschan« im Zusammenhang mit der immer weiter fortschreitenden Aufrüstung Aserbaidschans als zentrale Bedrohung aufgeführt.

»Alle in der Region wollen Frieden«, sagt Eric Hacopian, Politikberater und Moderator einer regelmäßigen Online-Show bei dem armenischen Medium Civil Net. »Die Bevölkerung Armeniens, die Regierung Armeniens, und, da ich bin mir sicher, auch die aserbaidschanische Bevölkerung wollen Frieden. Nur Alijew und das Regime, dem er vorsteht, die können keinen Frieden gebrauchen.«

Dennoch sei er optimistisch, was Armeniens Zukunft betrifft. »Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich seit dem Krieg von 2020 verdoppelt. Das ist bemerkenswert.« Armenien sei in die globale IT-Branche integriert und dank seiner Diaspora international ökonomisch vernetzt. Auch der Zuzug zahlreicher oft junger und gut ausgebildeter Russen stärke Armeniens Wirtschaft. Als eine Art Insel politischer und ökonomischer Liberalität inmitten autoritär regierter Staaten habe Armenien gute Zukunftsaussichten. Aserbaidschan sei hingegen trotz seiner größeren Bevölkerung und seines Reichtums an Erdgas und Erdöl, der allerdings in den kommenden Jahrzehnten zur Neige gehen werde, ein Koloss auf tönernen Füßen, dessen kleptokratisch verwaltete Wirtschaft langfristig stagniere und dessen Bevölkerung verarme.

Gerade das mache das Regime in Baku jedoch gefährlich: »Es braucht den armenischen Feind, um sich zu legitimieren. Der drohende Abstieg macht die Option des Kriegs nur noch attraktiver«, warnt Hacopian. Es sei deshalb im Interesse Armeniens, Zeit zu kaufen und sich auf

einen möglichen zukünftigen Krieg vorzubereiten. Ein wirklicher Frieden, »einer, der diesen Namen auch verdient«, sei zwischen den beiden Ländern derzeit aber nicht möglich, lautet seine pessimistische Einschätzung.

© Jungle World Verlags GmbH